

PRESSEDIENST

10.07.2020

Neue Umfrage zeigt aber auch abnehmende Sorgen um Jobverlust
Corona-Krise: 26 Prozent der Erwerbstätigen haben bereits Einkommenseinbußen erlitten, soziale Ungleichheit verschärft sich

Die Corona-Krise in Deutschland verschärft auch nach der weitgehenden Lockerung der Kontaktbeschränkungen bestehende Ungleichheiten bei Einkommen und beruflichen Möglichkeiten. Erwerbstätige mit ohnehin schon niedrigeren Einkommen haben deutlich mehr unter negativen wirtschaftlichen Folgen zu leiden als Menschen mit höheren Einkommen. Sie haben beispielsweise während der Pandemie spürbar häufiger schon an Einkommen eingebüßt, bei Kurzarbeit erhalten sie deutlich seltener eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, und sie fürchten etwa doppelt so häufig, als Folge der Pandemie ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Das zeigen erste Ergebnisse einer neuen Online-Befragung, für die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zwischen Mitte und Ende Juni 6.309 Erwerbstätige interviewt worden sind.* Mütter übernehmen weiterhin deutlich häufiger als Väter den Hauptteil der anfallenden Betreuungsarbeit. Der Anteil der Männer scheint im Vergleich zu einer Vorgängerbefragung vom April sogar leicht rückläufig zu sein. Der Abstand zwischen den durchschnittlichen Arbeitszeiten von Vätern und Müttern ist weiterhin deutlich größer als vor Beginn der Krise.

Generell bessere Perspektiven in der Krise haben Beschäftigte in Unternehmen mit Tarifvertrag und/oder Mitbestimmung: So erhalten beispielsweise im Fall von Kurzarbeit 54 Prozent der Befragten mit Tarifvertrag eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, während es ohne Tarifvertrag nur 31 Prozent sind. In Betrieben mit Betriebsrat existieren deutlich häufiger feste Regeln für das Homeoffice als in Betrieben ohne Mitbestimmung. Gibt es eine solche Vereinbarung, empfinden Befragte die Arbeitssituation im Homeoffice als weniger belastend. Zudem finden in Betrieben mit Betriebsrat in allen Qualifikationsgruppen häufiger Weiterbildungen der Beschäftigten statt.

Schaut man auf alle Befragten, ist der Anteil derjenigen, die bereits Einkommenseinbußen erlitten haben, zwischen April und Juni von 20 auf 26 Prozent gestiegen. Dagegen ist die Quote der Menschen, die sich Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft oder ihren Job machen, etwas zurückgegangen. Erfolge bei der Eindämmung der Epidemie in Deutschland und die Anti-Krisenpolitik von Bund und Ländern werden also offensichtlich positiv wahrgenommen. Nach wie vor sind insgesamt rund zwei Drittel der Befragten eher oder voll zufrieden mit dem Krisenmanagement, allerdings sind auch hier die Unterschiede erheblich. Die Zustimmungswerte steigen mit dem Einkommen und liegen zwischen 46 Prozent bei Erwerbstätigen mit einem monatlichen

Ansprechpartner in der
Hans-Böckler-Stiftung:

Geschäftsführung
Michael Guggemos

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Telefon +49 211 7778-150
rainer-jung@boeckler.de

Mitbestimmungs-, Forschungs-
und Studienförderungswerk des
Deutschen Gewerkschaftsbundes

Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf, Germany
Telefon +49 211 7778-0

presse@boeckler.de
www.boeckler.de

Haushaltsnettoeinkommen unter 1500 Euro und 72 Prozent bei einem Haushaltsnetto über 3200 Euro (siehe auch Abbildung 1 im Anhang). Zudem können sich 39 Prozent aller Befragten auch vorstellen, dass die Pandemie „benutzt wird, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen.“ Dieser Verdacht ist unter Menschen mit niedrigen Einkommen ebenfalls überdurchschnittlich verbreitet: Hier stimmen 50 Prozent zu.

„Angesichts der enormen weltweiten Erschütterungen durch die Pandemie zeigt sich die deutsche Gesellschaft bislang vergleichsweise stabil. Ein handlungsfähiger Sozialstaat, belastbare Arbeitnehmerrechte mit Tarifverträgen und Mitbestimmung, eine lösungsorientierte Politik und ein meist sozialpartnerschaftlicher Ansatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wirken ganz offensichtlich positiv. Aber unsere Stabilität ist fragil. Sie kann ins Kippen geraten, wenn diejenigen, die schon vorher finanziell und sozial schlechter gestellt waren, in der Krise noch weiter zurückfallen“, sagt Prof. Dr. Bettina Kohlrausch. Die Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und Soziologieprofessorin an der Universität Paderborn hat die neue Befragung ausgewertet. Möglichst große soziale Balance müsse ein primäres Ziel der Anti-Krisen-Strategie sein, und zwar auch über die akute Pandemiesituation hinaus, sagt Kohlrausch: „86 Prozent der Befragten äußern Sorgen, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland weiter steigt. Wir hätten ein großes Problem, wenn sich der Eindruck festsetzen würde: Der Staat hat die Wirtschaft mit Milliarden gerettet, aber dafür müssen die sprichwörtlichen kleinen Leute zahlen. Wir sehen in unseren Befragungsdaten Anzeichen für solche Narrative, in denen sich nachvollziehbare Ängste und Verschwörungserzählungen vermischen können. Die Politik hat es in der Hand, sie zu entkräften oder zu verstärken.“

Die von Kantar Deutschland zwischen dem 18. und dem 29. Juni durchgeführte Befragung bildet die Erwerbspersonen in Deutschland im Hinblick auf die Merkmale Geschlecht, Alter, Bildung und Bundesland repräsentativ ab. Sie stellt die zweite Welle einer Panelumfrage dar, für die bereits Anfang April gut 7700 Erwerbstätige befragt wurden.

– Kurzarbeitergeld: Mit niedrigem Einkommen deutlich seltener Aufstockung –

12 Prozent der befragten Erwerbstätigen gaben an, im Juni in Kurzarbeit zu sein. Rechnet man diese Zahl auf die Gesamtzahl der Beschäftigten hoch, die in Kurzarbeit gehen können, entspräche dies knapp fünfzehn Millionen Menschen. Weitere neun Prozent der Befragten gaben an „weniger zu arbeiten“ oder ihre vertragliche Arbeitszeit reduziert zu haben, aber nicht in Kurzarbeit zu sein. Hierzu dürften vor allem Selbständige zählen. Andererseits sagen 14 Prozent, sie würden während der Pandemie mehr arbeiten. 63 Prozent sehen Ende Juni beim Umfang ihrer Erwerbstätigkeit keinen nennenswerten Unterschied zur Zeit vor der Krise. Dieser Anteil ist unter Menschen mit mittlerem (ab

2600 Euro monatlich) und höherem Haushaltsnettoeinkommen (ab 3200 Euro) etwas höher als bei Erwerbstätigen mit niedrigerem Haushaltsnetto.

Von den Befragten in Kurzarbeit erklären 43 Prozent, dass ihr Kurzarbeitergeld aufgestockt werde, 53 Prozent erhalten keine Aufstockung, der Rest konnte das nicht sagen. Gegenüber April ist der Anteil der Befragten, die in Kurzarbeit eine Aufstockung erhalten, um rund 10 Prozentpunkte gestiegen. Dazu dürfte beitragen, dass das gesetzliche Kurzarbeitergeld mittlerweile ab dem vierten Bezugsmonat auf 70 bzw. 77 Prozent (mit Kind) steigt. Trotz dieser gesetzlichen Regelung, die im Zeitverlauf für eine gewisse Angleichung sorgt, erhalten Personen, die in einem Unternehmen mit Tarifvertrag arbeiten, nach der Umfrage weiterhin deutlich häufiger (54 Prozent) eine Aufstockung als Personen, die nicht nach einem Tarifvertrag bezahlt werden (31 Prozent; siehe auch Abbildung 2 im Anhang). Die DGB-Gewerkschaften haben in etlichen Branchen und Großbetrieben tarifvertraglich Aufstockungszahlungen vereinbart.

Ebenfalls groß ist der Unterschied nach Einkommensgruppen: Befragte, die über ein Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1500 Euro verfügen, erhalten deutlich seltener eine Aufstockung als Personen, die über ein Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 2600 Euro verfügen (33 Prozent vs. 48 Prozent ab 2600 Euro und 46 Prozent ab 3200 Euro; siehe auch Abbildung 3).

– Sorgen um wirtschaftliche Zukunft: Bei niedrigerem Einkommen deutlich häufiger und hartnäckiger –

Schaut man auf alle Befragten, ist der Anteil derer deutlich gestiegen, die die Folgen der Krise im eigenen Portemonnaie spüren: Im April sagten 20 Prozent der Befragten, die Epidemie habe sich bereits negativ auf ihr persönliches Einkommen ausgewirkt, im Juni waren es 26 Prozent. Auch hier zeigt sich eine deutliche soziale Spreizung: In Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1500 Euro berichten 40 Prozent von Einbußen. Bei einem Haushaltsnetto zwischen 1500 und 2600 Euro haben 30 Prozent der Befragten Einkommen verloren. In der Einkommensklasse zwischen 2600 und 3200 Euro berichten 26 Prozent davon. In der Gruppe ab 3200 Euro monatlichem Haushaltsnetto sind es 22 Prozent. Gleichzeitig sind die Befragten in der höchsten Einkommensgruppe auch am optimistischsten, generell von Einkommensverlusten verschont zu bleiben: Damit rechnen 60 Prozent gegenüber nur 36 Prozent in der untersten Gruppe (siehe Abbildung 4). In allen Einkommensgruppen geben die Befragten etwas seltener an, Einkommenseinbußen zu erleben, wenn sie ein Arbeitsverhältnis mit Tarifvertrag haben.

Während mehr Menschen finanzielle Einbußen konkret spüren, haben die Zukunftsängste im Durchschnitt etwas abgenommen. So äußerten im April 70 Prozent der Erwerbstätigen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation. Im Juni taten das 58 Prozent, wobei vor allem der Anteil mit

„großen“ Sorgen rückläufig war (von 24 auf 15 Prozent). Allerdings waren auch hier die sozialen Unterschiede weiterhin sehr groß: Am stärksten sank der Anteil der Besorgten unter den Befragten mit mehr als 3200 Euro Haushaltsnetto (von 61 auf 47 Prozent). Dagegen blieb er in der Gruppe unter 1500 Euro praktisch unverändert und weitaus höher (erst 83, jetzt 82 Prozent). Die mittleren Einkommensgruppen lagen bei Niveau und Trend dazwischen (siehe Abbildung 5).

Auch die konkrete Angst vor Arbeitslosigkeit ist weiterhin umso höher, je niedriger das Haushaltseinkommen ausfällt. 19 Prozent der Befragten in der Gruppe bis 1500 Euro netto befürchten, durch die Corona-Krise in nächster Zeit ihre Stelle zu verlieren. In den übrigen Gruppen sagen das, mit aufsteigendem Einkommen, 13, 11 und acht Prozent. Im Vergleich zum April hat sich allerdings auch unter den Erwerbstätigen mit niedrigerem Einkommen die Stimmung aufgehellt, der Anteil der Besorgten sank um 10 Prozentpunkte und damit deutlich stärker als in den anderen Einkommensgruppen (Abbildung 6). „Das mag überraschen, weil ja die Arbeitslosigkeit deutlich gewachsen ist“, sagt Forscherin Kohlrausch. „Aber wer bislang seinen Job behalten hat, ist nach Ende des weitgehenden Lockdowns im Handel und in vielen Dienstleistungsbranchen anscheinend optimistischer, über die Krise zu kommen. Darin spiegelt sich auch die positive Wirkung der Kurzarbeit wider.“

– Weiterhin mehr traditionelle Arbeitsteilung bei Paaren –

Zwar öffneten im Juni viele Kitas und Schulen zumindest zeitweise wieder. Von einem Normalbetrieb waren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen aber nach wie vor weit entfernt. Wie in der ersten Welle zeigt die neue Befragung: Es sind vor allem die Mütter, die die anfallende Betreuungsarbeit übernehmen. Darüber sind sich männliche und weibliche Befragte, die in Paarbeziehungen leben und Kinder haben, weitgehend einig: 55 Prozent der Männer geben an, ihre Partnerin würde den größeren Anteil schultern, neun Prozent verorten die Sorgearbeit vor allem bei sich selbst, 36 Prozent sehen eine annähernd gleiche Verteilung. Unter den Frauen sagen 62 Prozent, sie würden die Kinderbetreuung in erster Linie selbst übernehmen, acht Prozent attestieren das ihren Partnern, 30 Prozent sprechen von einer Gleichverteilung. Bemerkenswert: Gegenüber der Befragung vom April ist der Anteil der in erster Linie betreuenden Väter und der Paare mit ausgeglichener Verteilung noch einmal leicht gesunken (Abbildung 7).

„Die Befürchtung bleibt, dass sich Mütter und Väter unter dem Druck der Krise wieder an traditionellere Rollenmuster gewöhnen. Wir können da keine Entwarnung geben, und wir sehen spürbare Effekte bei der Arbeitszeit“, sagt Bettina Kohlrausch. So arbeiteten männliche Befragte mit Kindern vor der Corona-Krise im Durchschnitt 41 Stunden pro Woche, Frauen 31 Stunden. Ende Juni lag die wöchentliche Arbeitszeit der Väter bei durchschnittlich 38 Stunden, die der Mütter bei 26 Stunden. Die Differenz stieg also von 10 auf 12 Stunden (Abbildung 8).

– **Homeoffice: Weniger belastend in Betrieben mit Betriebsrat** –

Auch Ende Juni arbeiteten weitaus mehr Befragte mobil und im Homeoffice als vor Ausbruch der Pandemie. Allerdings ist der Anteil gegenüber April wieder gesunken, was für eine gewisse Normalisierung spricht. Vor der Krise arbeiteten rund 4 Prozent der Befragten überwiegend oder ausschließlich zu Hause, im April waren es 27 Prozent, im Juni 16 Prozent. Weitere 17 Prozent gaben im Juni an, abwechselnd im Betrieb, mobil oder zu Hause zu arbeiten (Abbildung 9).

Die Erfahrungen von Beschäftigten mit dem Homeoffice sind oft durchaus gemischt. So haben 60 Prozent der Befragten mit Homeoffice-Nutzung den Eindruck, dass die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit bei der Arbeit zu Hause verschwimmen. 37 Prozent geben an, im Homeoffice mehr Wochenstunden zu arbeiten. Andererseits sagen 77 Prozent, das Homeoffice erleichtere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. 60 Prozent glauben, die Arbeit daheim sogar effektiver organisieren zu können als im Betrieb. Insgesamt deutlich positiver urteilen Befragte, in deren Unternehmen klare Regeln zum Homeoffice gelten. Solche Regeln haben laut der Befragung 62 Prozent der Betriebe mit Betriebsrat, aber nur 37 Prozent der Betriebe ohne Arbeitnehmervertretung.

Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch

Wissenschaftliche Direktorin WSI

Tel.: 0211 7778-186

E-Mail: Bettina-Kohlrausch@boeckler.de

Rainer Jung

Leiter der Pressestelle

Tel.: 0211 7778150

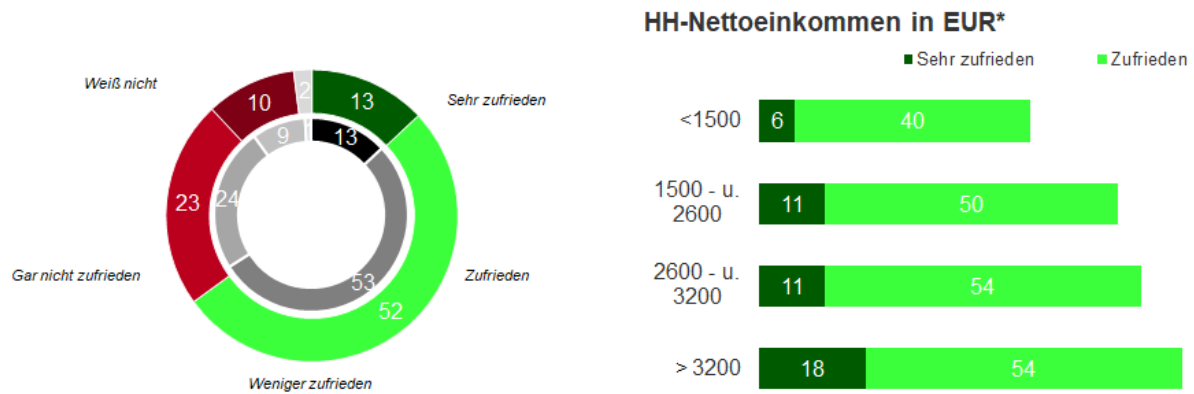
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Sie erhalten unsere Pressemitteilungen und Presseeinladungen als Mitglied unseres Presseverteilers. Die Einwilligung zum Bezug unserer Materialien können Sie jederzeit widerrufen. Wir löschen dann umgehend Ihre Daten aus dem Verteiler. Schicken Sie dazu bitte einfach eine kurze Mail an: presse@boeckler.de

[Link zur Datenschutzerklärung:](https://www.boeckler.de/de/datenschutzbestimmungen-2715.htm)

<https://www.boeckler.de/de/datenschutzbestimmungen-2715.htm>

Abbildung 1: Zufriedenheit mit Krisenmanagement Bundesregierung



Frage C1: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit dem derzeitigen Krisenmanagement der Bundesregierung?
*Fehlende Werte zu 100%: Weniger/Gar nicht zufrieden, Weiß nicht

Angaben in Prozent
Basis: Erwerbspersonen ab 16 Jahren in Deutschland
Grau: Welle 1 vom April

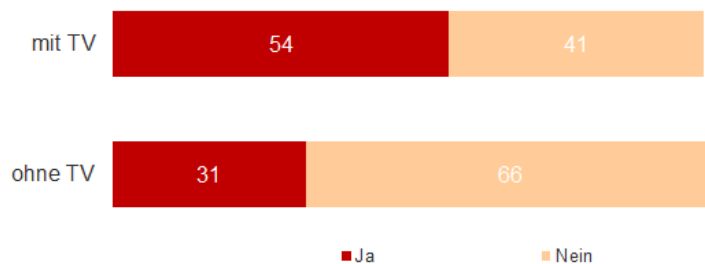
Hans **Böckler**
Stiftung 

Abbildung 2: Aufstockung von Kurzarbeitergeld

Geschlecht*



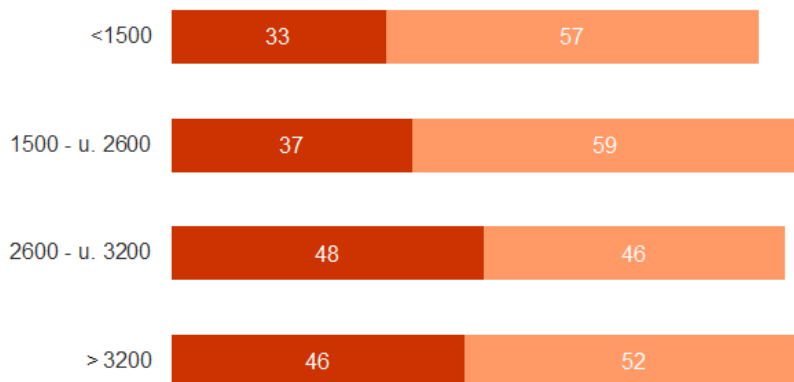
Tarifvertrag (nur abhängig Beschäftigte)*



Hans **Böckler**
Stiftung 

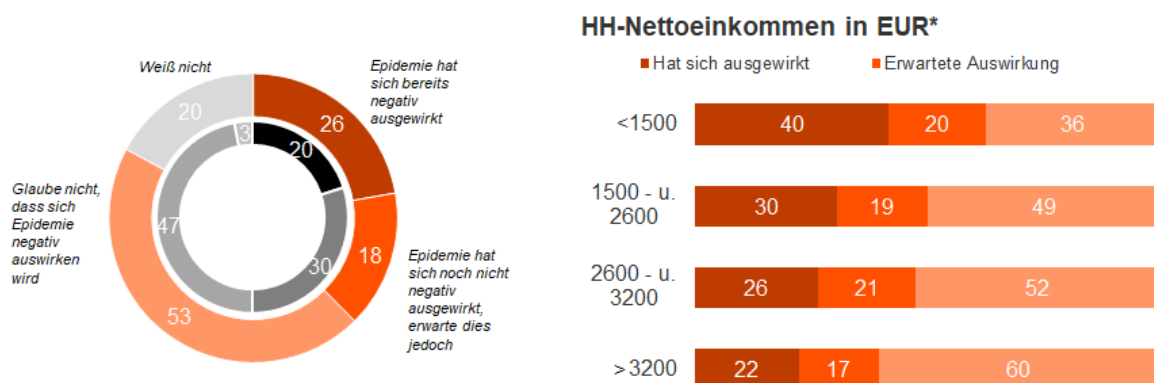
Abbildung 3: Aufstockung von Kurzarbeitergeld nach Einkommen

HH-Netto-Einkommen in EUR*



Hans **Böckler**
Stiftung 

Abbildung 4: Krisen-Einfluss auf das persönliche Einkommen



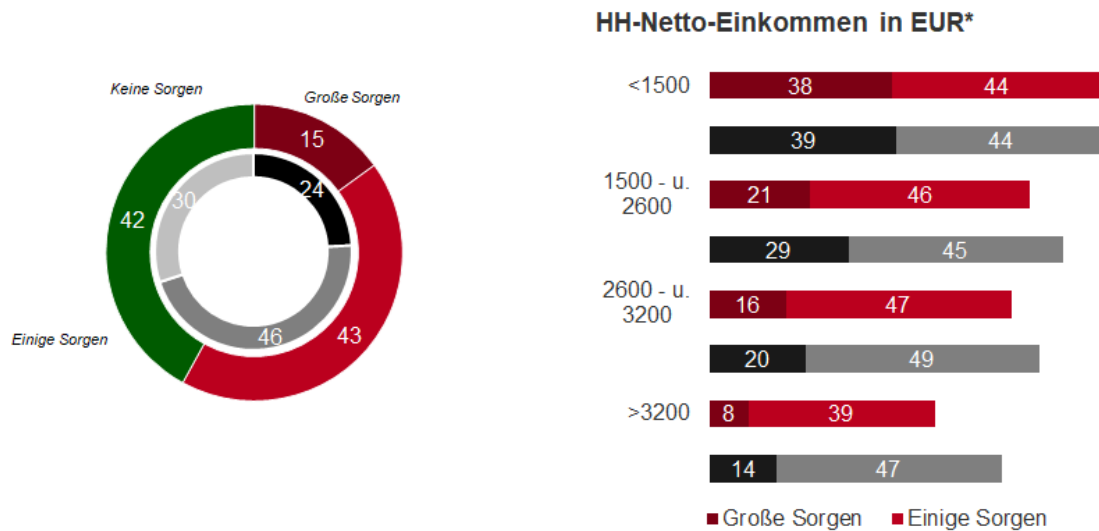
Frage D1: Denken Sie jetzt bitte einmal an Ihr persönliches Einkommen. Welche der nachfolgenden Aussagen trifft auf Ihre derzeitige Situation am ehesten zu?

*Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht

Angaben in Prozent
Basis: Erwerbspersonen ab 16 Jahren
in Deutschland
Grau=W1

Hans **Böckler**
Stiftung 

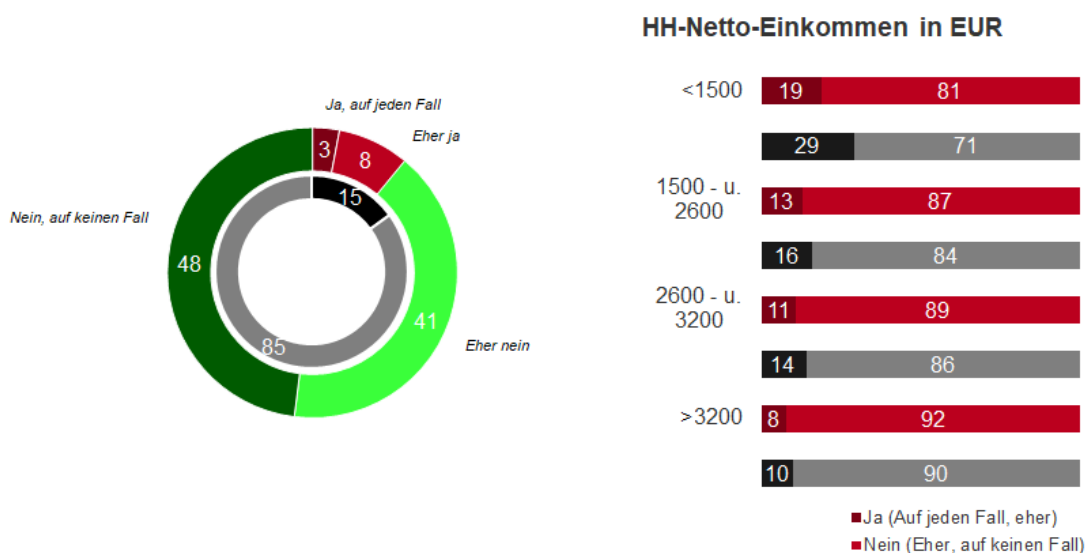
Abbildung 5: Sorgen um eigene wirtschaftliche Situation



Frage C12: Wie ist es mit den folgenden Gebieten: machen Sie sich da Sorgen? Um Ihre eigene wirtschaftliche Situation.
*Fehlende Werte zu 100%: Keine Sorgen

Angaben in Prozent
Basis: Erwerbspersonen ab 16 Jahren in Deutschland
Grau: W1

Abbildung 6: Angst vor Arbeitslosigkeit

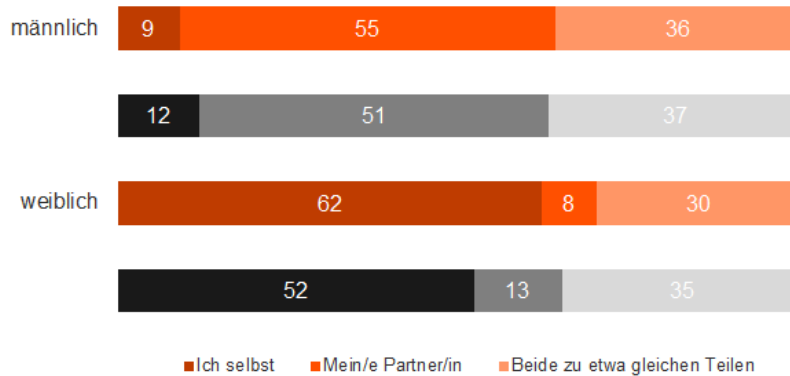


Frage A4: Befürchten Sie, dass Sie aufgrund der Corona-Krise in nächster Zeit arbeitslos werden könnten?

Angaben in Prozent
Basis: Erwerbstätige ab 16 Jahren in Deutschland
Grau: W1

Abbildung 7: Arbeitsteilung Erwerbstätige mit Kindern im Haushalt

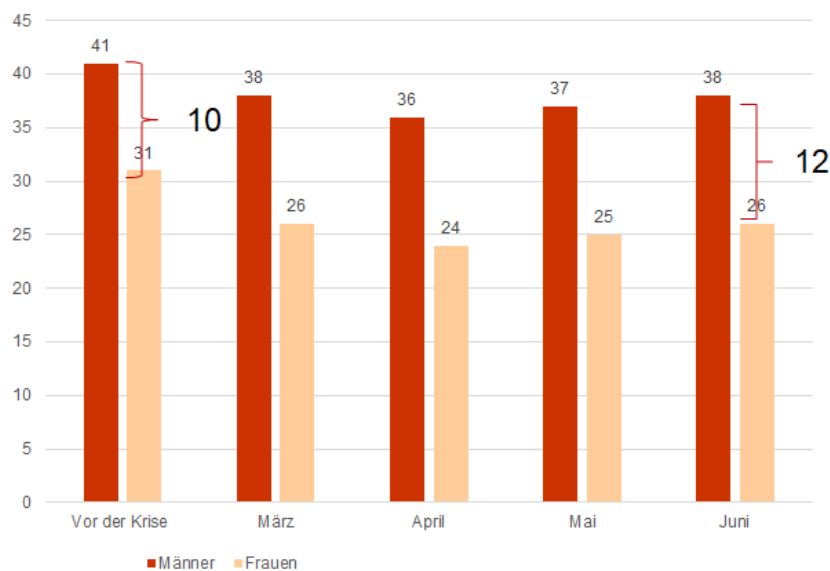
Aktuelle Verteilung Kinderbetreuung



Frage A2p: Wer übernimmt aktuell den größeren Teil der anfallenden Kinderbetreuung?

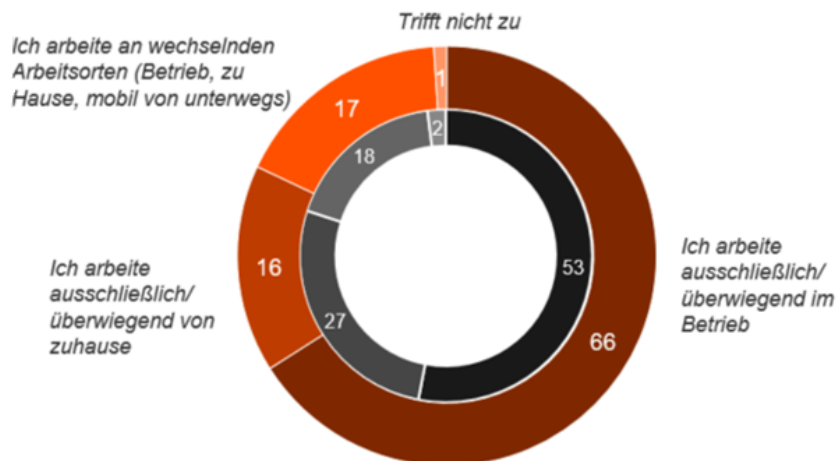
Angaben in Prozent
Basis: Erwerbstätige, die Kinder zu Hause betreuen
UND Partner haben
Grau: W1

Abbildung 8: Durchschnittliche Arbeitszeit* vor und während der Krise



*nur Personen mit betreuungsbedürftigen Kindern im Haushalt

Abbildung 9: Örtlicher Schwerpunkt der eigenen Arbeit jetzt



Frage A2: Und von wo aus arbeiten Sie derzeit?

*Fehlende Werte zu 100%: Trifft nicht zu

Angaben in Prozent
Basis: Erwerbstätige ab 16 Jahren in Deutschland
Grau: W1

Hans **Böckler**
Stiftung 

- Fast die Hälfte der befragten Personen möchte nach der Krise genauso oft im Homeoffice arbeiten wie während der Krise.
- Vor allem Personen mit höherem Einkommen und höherer Bildung arbeiten im Homeoffice.
- In Betrieben mit Betriebsrat gibt es häufiger Regelungen zum Homeoffice (62 vs. 37%).
- Wenn es Regelungen zum Homeoffice gibt, wünschen sich Erwerbstätige häufiger, auch nach der Krise mehr im Homeoffice zu arbeiten.
- Wenn es Regelungen zum Homeoffice gibt, empfinden Personen, die im Homeoffice arbeiten, die Arbeitssituation als weniger belastend.